

Wien, am 22. Juni 2010

Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter!
Sehr geehrter Herr Mag. Sobotka!

Vielen Dank für Ihr Schreiben, Ihre Erhaltsbestätigung der „Petition gegen einen eingeschränkten Zugang für erwachsene Schüler an Niederösterreichs Musikschulen“, die ja leider von den aktuellen Sparplänen eingeholt worden ist, und für die Auszählung der handschriftlichen Unterschriftenlisten. Die Petition wurde somit – die mittlerweile eingetroffenen weiteren 147 handschriftlichen (die ich in Folge übermittle) und die 1793 Online-Unterschriften (Stand vom 22. Juni 2010) mitgerechnet – bisher von insgesamt 3074 Personen unterstützt. Gerne komme ich Ihrer Aufforderung nach, Ihre Stellungnahme zu veröffentlichen: Um das Ergebnis bekanntzugeben, besteht die Möglichkeit, allen online eingetragenen Personen eine Nachricht zu schicken. Um auch den Verfassern der handschriftlichen Unterstützungserklärungen Ihr Schreiben per Post zukommen zu lassen, fehlen mir leider sowohl die zeitlichen als auch die finanziellen Kapazitäten. Selbstverständlich versende ich es gerne über das Infonetzwerk mit der Bitte um Weiterleitung.

Zur Klarstellung: Das Infonetzwerk NÖ Musikschullehrer/innen ist keine wie immer geartete Institution, sondern ist und war von Anfang an eine unabhängige Initiative einiger Musikschullehrkräfte mit dem Ziel, den Informationsaustausch innerhalb der Kollegenschaft in unserem weitläufigen Bundesland zu verbessern. Um auch einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, wurde darüber hinaus ein Diskussionsforum eingerichtet. Das Infonetzwerk verfügt über keinerlei finanzielle Mittel. Allfällige Kosten, etwa für die Homepage, die hauptsächlich dazu angelegt wurde, um die versendeten Infomails zu dokumentieren, werden privat getragen. Da die anderen Kolleginnen und Kollegen aus dem Team, mit dem ich organisatorisch und inhaltlich zusammenarbeite, ihre Namen aus Sorge um ihre Arbeitsplätze nicht veröffentlichen möchten – bezeichnend und bedauerlich, aber leider Realität – habe ich die Verantwortung für das Infonetzwerk übernommen und meinen Kontakt angegeben. Meine Tätigkeit ist zwar ehrenamtlich, jedoch kein Amt. Ich wurde schließlich von niemandem gewählt und bin nicht demokratisch legitimiert, irgendjemandes Interessen zu vertreten. Das Infonetzwerk stellt lediglich einen Mailverteiler zur Weiterleitung von aktuellen Informationen dar und steht jeder Einzelperson, jeder Institution wie zum Beispiel der Gewerkschaft, und selbstverständlich auch jeder Politikerin oder jedem Politiker offen. Wer anonym bleiben möchte, ist aufgefordert, Quellen für den Inhalt seiner Nachricht anzugeben. Wer keine Quellen angeben kann, ist aufgefordert, sich als Urheber zu deklarieren. Dementsprechend kommen alle Infomails, die ich persönlich unterschreibe, von mir als Privatperson beziehungsweise Musikschullehrerkollegin. Ich bin bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen korrekte Informationen zu verbreiten. Wenn ich auf Fehler aufmerksam gemacht werde, versende ich so schnell wie möglich eine Richtigstellung. Als ich mich vor einigen Wochen beim Musikschulmanagement telefonisch erkundigt habe, wann die geplante Erwachsenenregelung beschlossen werden soll, hat mir Frau Mag. Hahn persönlich bestätigt, dass die Nachrichten des Infonetzwerks keine unrichtigen Aussagen enthalten – bis auf die Info, der NÖ Musikschulplan würde im Landtag beschlossen werden, die ich daraufhin umgehend richtiggestellt habe (und zwar dahingehend, dass die entsprechende Novellierung von der Landesregierung beschlossen, da es sich nicht um ein Gesetz, sondern um eine Verordnung handelt). Außerdem habe ich in diesem Telefonat mit Frau Mag. Hahn vereinbart, dass sie mich sofort kontaktieren möge, falls ihr ein Fehler in einer der Netzwerk-Informationen auffällt.

Die freundliche Einladung zu einem Gespräch mit Frau Mag. Hahn und Frau Draxler hat mir ebenfalls Frau Mag. Hahn übermittelt. Dass Sie in diesem Zusammenhang von „unserer Gesprächseinladung“ sprechen beziehungsweise schreiben, weist auf eine starke Identifikation Ihrerseits mit dem Musikschulmanagement hin – was ich vor allem im umgekehrten Fall (in dem beispielsweise Frau Mag. Hahn auf Schreiben einiger Kolleginnen und Kollegen geantwortet hat, die an den Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll persönlich gerichtet waren) angesichts dessen, dass sich das Musikschulmanagement als gemeinnützige Servicestelle für alle am Musikschulwesen Beteiligten bezeichnet, für zumindest bemerkenswert halte.

Ich bedaure selbst außerordentlich, dass ich bis zum Schulschluss leider keine Möglichkeit sehe, einen Gesprächstermin wahrzunehmen. Ich würde mir für einen solchen Termin gerne ausführlich Zeit nehmen und mich auch entsprechend vorbereiten, betreue jedoch allein diese Schulwoche fünf verschiedene Musikschulveranstaltungen: meinen eigenen Klassenabend, einen Gesangsklassenabend als einzige Korrepetitorin, eine Aufführung einer meiner Früherziehungsgruppen, unterschiedlichste musikalische Beiträge

bei einem Musikschulfest und zwei meiner Bands bei einem Musikschulheuren. Zwar bin ich überzeugt, dass das die Problematik der Zugangsbeschränkungen für erwachsene Musikschüler ein überaus wichtiges Thema ist – und nicht nur von mir als wichtig „dargestellt“ wird – dennoch haben meine dienstlichen Verpflichtungen und meine Schülerinnen und Schüler selbstverständlich oberste Priorität! In Anbetracht dessen, dass ich von der Erwachsenenquote als Musikschullehrkraft gar nicht persönlich betroffen bin, betrachte ich mein Engagement in dieser Sache als über jeden Zweifel erhaben.

Aus der Einladung von Frau Mag. Hahn ging nicht hervor, in welcher Funktion ich dazu eingeladen wurde: Wurde ich als Privatperson angesprochen, die eine Stellungnahme im Rahmen der Bürgerbegutachtung verfasst hat, frage ich mich, warum gerade ich zu einem Gespräch eingeladen werden soll? Geht es um mich in meiner Funktion als Personalvertreterin in der Franz Schubert Musikschule, müssten Personalvertreter/innen aus allen Musikschulen eingeladen worden sein! Galt die Einladung mir als Mitglied des Musikschullehrerausschusses der Gewerkschaft, würde ich mich wundern, warum man sich nicht an den amtierenden Vorsitzenden des Ausschusses, Walter Rupprecher, wendet. War sie auf die Petition bezogen, hätte sie an ihre Verfasserin, Dagmar Losschmidt, gerichtet werden müssen. Dass Sie Ihr Schreiben an das Infonetzwerk richten, lässt darauf schließen, dass sich auch die Gesprächseinladung auf meine Tätigkeit für das Netzwerk beziehen könnte. Wie bereits ausgeführt, verfüge ich in diesem Zusammenhang über keine Legitimation für ‚offizielle‘ Gespräche oder gar Verhandlungen. So sehr ich persönlich auf Ihre Antworten auf meine Fragen oder die vom Musikschulmanagement gesammelten, detaillierten Zahlen und Fakten gespannt wäre, so wenig hilfreich sind diese Informationen, solange sie nicht veröffentlicht werden. Sind Sie jedoch an einer Veröffentlichung der zugrunde liegenden Daten interessiert, können Sie sich ohnehin der beim Musikschulmanagement gespeicherten Adressen aller NÖ Musikschullehrer/innen oder der Vierteljahresschrift „Musikinform“ bedienen. Selbstverständlich steht Ihnen das Infonetzwerk ebenfalls jederzeit zur Verfügung, falls Sie das Bedürfnis haben, etwaige Missverständnisse auszuräumen oder die im Brief erwähnten Gerüchte zu entkräften. Bis jetzt wurde ich leider nicht darüber informiert, auf welche Inhalte sich dieser Vorwurf bezieht.

Vielmehr wurde mir zugetragen, dass ich auch seitens des Musikschulmanagements wiederholt bezichtigt wurde, Gerüchte zu verbreiten, und Musikschuldirektoren in Leitertagungen angeblich nahegelegt wurde, die Infonetzwerk-Nachrichten nicht weiterzuleiten oder deren Weiterleitung sogar zu unterbinden. Daher fordere ich Sie hiermit auf, auch zu den Methoden der Musikkultur NÖ GmbH und der Rolle ihrer Mitarbeiter innerhalb der Landespolitik Stellung zu nehmen. Würden die politisch Verantwortlichen, wie bereits mehrfach gefordert, die Musikschullehrer und erwachsenen Musikschüler im Sinne einer basisdemokratischen Vorgehensweise rechtzeitig in ihre Überlegungen miteinbeziehen, statt die Betroffenen unmittelbar vor Schulschluss vor vollendete Tatsachen stellen zu wollen, oder würde das Musikschulmanagement seiner Funktion als Serviceeinrichtung „für Musikschülerhalter, Musikschulleiter, Musikschullehrer, Eltern und Schüler“ gerecht werden und nicht nur Empfehlungen zur Argumentation der Erwachsenenregelung mit ausschließlich positiven Aspekten der geplanten Förderungsverordnung aussenden, statt alle Seiten über das Für und Wider umfassend zu informieren, sowie die damit verbundenen Konsequenzen transparent und objektiv aufzuzeigen, wäre es nicht oder nicht so dringend erforderlich, sowohl die Entscheidungen als auch den Entscheidungsfindungsprozess kritisch zu hinterfragen!

Dass es „effizienter“ wäre, die Auswirkungen der geplanten Einschränkung der Erwachsenenförderung in einem persönlichen Gespräch zu diskutieren, denke ich nicht – ganz im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass die volle Tragweite der geplanten Förderungsregelung erst ersichtlich wird, wenn alle regionalen, fachspezifischen und individuellen Unterschiede und Auswirkungen berücksichtigt werden. Um alle Aspekte des Themas zu beleuchten, bedarf es unbedingt der Informationen und Einbeziehung aller Involvierten. In Folge meiner letzten Stellungnahme wurde ich beispielsweise durch Rückmeldungen aus dem Infonetzwerk unter anderem darauf aufmerksam gemacht, dass ich bei meiner Aufzählung der verschiedenen von der Erwachsenenregelung besonders stark betroffenen Mangelinstrumente die Bratsche außer Acht gelassen habe, oder dass neben einer Einführung von Sozialtarifen oder speziellen Förderungsmöglichkeiten für kulturelle Aktivitäten auch verstärkte und flexiblere Möglichkeiten der Begabtenförderung wünschenswert wären...

Was Sie in Ihrem Schreiben als „Details“ bezeichnen, sind außerdem erstens menschliche Schicksale – teilweise sogar Existenzen einzelner Arbeitnehmer und deren Familien – und zweitens genau jene Fälle aus der Praxis – und es handelt sich durchaus nicht nur um Einzel- oder „Härtefälle“ – die die geplante Erwachsenenregelung so problematisch machen. Die niederösterreichweite Anzahl der Schüler/innen auf Wartelisten etwa ist zwar sehr bedauerlich, aber nicht aussagekräftig in Bezug auf den potentiellen Abbau derselben durch den Ausschluss der

Erwachsenen aus der Landesförderung (beziehungsweise aus dem Einzelunterricht mit wenigen Ausnahmen) und in ihrer Allgemeinheit und Undifferenziertheit sogar regelrecht irreführend. Leider steigert es den Wahrheitsgehalt von Aussagen nicht, sie wieder und wieder zu wiederholen:

Dass die Musikschulen „das Budget in der vollen Höhe ausschöpfen können“, stimmt in der Praxis beispielsweise nicht! Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Es gibt nicht in allen Musikschulen und schon gar nicht in allen Fächern beziehungsweise Instrumenten Wartelisten. Viele Gemeinden können es sich nicht leisten, die freiwerdenden Stunden ihrer ‚besten Kunden‘ mit jugendlichen Schülern nachzubesetzen, von denen sie nicht so hohe Tarife verlangen können. Im letzteren Fall stimmt es nicht einmal, dass die „Novelle des NÖ Musikschulplans den Musikschulunterricht für die auf der Warteliste stehenden Kinder und Jugendlichen ermöglicht“. Vielmehr gefährdet die Förderungskürzung Arbeitsplätze von Musikschullehrkräften und damit auch die Ausbildung des Nachwuchses. Somit ist der geplante Musikschulplan rein virtuell. Für Stunden, die nicht existieren werden, Förderungen vorzusehen, ist leicht und kostengünstig.

Auch die Behauptung, die Regelung betreffe nur „jene Erwachsene über 19 Jahren, die über ein eigenes Einkommen verfügen“, ist nicht korrekt: Was ist zum Beispiel mit Hausfrauen, Müttern oder Vätern in Karenz, Arbeitssuchenden oder Student/inn/en ohne Familienbeihilfe? Was ist mit Personen mit geringem Einkommen wie etwa Mindestpensionist/inn/en? Dass die sogenannte „Änderung in der Schulgeldgestaltung“, nicht als „genereller Ausschluss der erwachsenen Schüler/innen“ gedacht ist, hilft den einkommensschwachen Musikinteressierten wenig. Doch die Förderungskürzung beziehungsweise angebliche Umschichtung kommt nicht nur für Kleinverdiener de facto einem Ausschluss vom Musikschulunterricht gleich, viele Direktoren beziehungsweise Schulerhalter lassen sich auf die vertraglich unklare Situation der Beauftragung von Stunden außerhalb der regulären Förderung entweder gar nicht ein, oder machen ihren Bediensteten zweifelhafte Angebote, wie beispielsweise erwachsene Schüler zu Dumpingpreisen und mit vollem Stundenrisiko zu unterrichten – von Ideen, die Lehrer und Leiter an die Grenzen der Illegalität treiben, ganz zu schweigen... Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Schwarzarbeit zu fördern und gleichzeitig sinnvolle und gesundheitsfördernde Freizeitbeschäftigungen zu erschweren oder zu unterbinden, soll ein „effizienter und sorgsamer Umgang mit wertvollen Steuermitteln“ sein?! ...abgesehen davon, dass die implizierte Annahme, Erwachsenenunterricht sei ineffizient und nicht förderungswürdig, eine Beleidigung für erwachsene Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte darstellt!

Außerdem gibt es vor allem in kleineren Gemeinden oder bei Mangelinstrumenten oft gar nicht die erforderliche Menge an Schülern für das Zustandekommen des als Ausnahme vorgesehenen Kursunterrichts – und was ein Mangelinstrument ist, ist regional beziehungsweise lokal sehr verschieden! Zuerst massiv Werbung zu machen („Wenn du nicht Klavier sondern Geige lernst, bekommst du eine ganze Einheit!“) und dann Schülern, die womöglich gerade erst ihre letzten Ersparnisse zusammengekratzt haben, um sich ein Instrument zu kaufen, entweder Stunden anzubieten, die sie sich nicht leisten können, oder ihnen nahezu legen, sich abzumelden, grenzt an Äppelerei. Zudem können Gruppen und Kurse für Erwachsene, wie bereits erwähnt, Unterricht keinesfalls ersetzen. Dadurch wird den Erwachsenen, die nicht in die Ausnahmeregelung fallen, nur mehr das Musizieren im Ensemble gestattet, was die grundlegende Beherrschung des Instrumentes bereits voraussetzt, das Erlernen wird aber nicht mehr ermöglicht. Außerdem bedeutet Gruppenunterricht generell eine Benachteiligung, ja eigentlich eine Ausbeutung der Lehrer: Die Schulerhalter kassieren mehrfache Schulgelder, die Lehrern erhalten für den mehrfachen Aufwand dasselbe Gehalt wie für eine Einzelstunde.

Weitere Ausnahmen zur geplanten Erwachsenenregelung werden nicht nur von Erwachsenen, sondern auch von vielen Kolleginnen und Kollegen nicht verstanden und als unfair empfunden, und machen – ebenso wie die generell unberechenbaren, ständig wechselnden Förderkriterien – die Situation der Musikschullehrkräfte immer untragbarer, die ohnehin dem jährlichen Jonglieren ihrer Dienstgeber mit Anmeldungen ausgeliefert sind, und deren Beschäftigungsausmaß – mit ‚normalen‘ Arbeitsverhältnissen unvergleichlich – ständig von der Nachfrage in ihren Fächern abhängig gemacht wird. Musikschullehrerinnen und -lehrer geraten in Konkurrenz zueinander oder werden vereinzelt sogar regelrecht gegeneinander ausgespielt, die Verunsicherung und Frustration ist ohnehin schon groß und nimmt nicht nur bei jeder neuerlichen Einsparung, sondern auch bei jeder Evaluierungsmaßnahme zu, die statt Wertschätzung der vielen ideellen und materiellen freiwilligen Leistungen, auf denen das Musikschulwesen beruht, Misstrauen suggeriert und Unzufriedenheit schafft, indem sie etwa zuvor selbstverständliche und unreflektierte Tätigkeiten wie Überstunden oder Einbringung privater Ressourcen bewusst macht.

Im Interesse eines offenen Dialogs freue ich mich über Ihre Stellungnahme und Aufforderung, sie zu veröffentlichen, und erlaube mir, auch meine Antwort und die beiden vorangegangenen Stellungnahmen, auf die Sie und ich Bezug nehmen, der Versendung beizulegen. Leider gehen Sie in Ihrem Schreiben nicht auf direkte Fragen oder Anregungen ein, sondern verwenden Standardformulierungen, die meine Kolleg/inn/en und ich bei Vertreter/inne/n Ihrer Fraktion sowie im Brief des Musikschulmanagements schon mehrfach gelesen und auch schon mehrfach beantwortet haben. Auf die Zusammensetzung des Musikschulbeirats gehen Sie leider ebensowenig ein, noch wurde bisher die laut Musikschulgesetz dafür vorgeschriebene Geschäftsordnung veröffentlicht. Dennoch möchte ich einen weiteren Versuch unternehmen, gezielt Fragen zu stellen, und ersuche um konkrete Antworten:

- Wie viele erwachsene Musikschüler/innen gibt es niederösterreichweit und aufgeschlüsselt nach Fächern beziehungsweise Instrumenten und nach Regionen beziehungsweise Musikschulen?
- Wie viele erwachsene Musikschüler stehen niederösterreichweit und aufgeschlüsselt nach Fächern beziehungsweise Instrumenten und nach Regionen auf Wartelisten?
- Welche Altersstruktur gibt es niederösterreichweit und aufgeschlüsselt nach Fächern beziehungsweise Instrumenten und nach Regionen?
- Welche Schulen haben Wartelisten in welchen Fächern beziehungsweise Instrumenten? Wie viele Lehrer würden aufgrund der geplanten Erwachsenenregelung wie viele Stunden in welchen Fächern beziehungsweise Instrumenten und in welchen Regionen beziehungsweise Musikschulen verlieren?
- Wie viele erwachsene Musikschüler würden aufgrund der geplanten Erwachsenenregelung ihre Musikschulplätze verlieren?
- Wie viel müssten sie pro Person und niederösterreichweit mehr bezahlen, um sich ungeforderte Musikschulplätze leisten zu können?
- Wie würde sich die Regelung generell auf die Altersstruktur und auf die Unterrichtsstruktur wie zum Beispiel den Anteil des Gruppenunterrichts usw. auswirken?
- Wie würde sich die Regelung auf das kulturelle Leben, vor allem auf Orchester, Blasmusik, Chöre usw. – aber auch etwa auf Volksmusik, Jazz oder zeitgenössische Musik usw. auswirken?

Geht es überhaupt um die Erwachsenen, oder geht es bei der Förderungsverordnung vielmehr darum, dass vor allem die finanziell schwachen Gemeinden endlich jene „2600 Stunden“ abbauen können, die sie seit Jahren alleine finanzieren müssen, um der Nachfrage einigermaßen gerecht zu werden? Diese „nicht geförderten Wochenstunden“ hatten bisher keine Aufschrift wie: „Ich bin eine Saxophonstunde!“ oder „Ich gehöre einem zwölfjährigen männlichen Schüler!“ Nun sollen sie plötzlich „den Einzel- und Kleingruppenunterricht der Erwachsenen beinhalten“. Warum? Wie sollen „Gemeinden, die derzeit nicht geförderte Wochenstunden finanzieren müssen, damit in Zukunft entlastet werden“, wenn nun auch noch die Kosten für die Erwachsenenförderung zur Gänze auf sie abgewälzt werden sollen? Wer hat sich bisher seinen Förderanteil gespart, wenn erwachsene Musikschüler mancherorts bis zu doppelte Tarife bezahlt haben? Wie funktioniert eigentlich die immer zitierte Drittellösung, wenn alle NÖ Musikschulen unterschiedliche Tarife verlangen? Warum müssen dann sogenannte „Abgangsgemeinden“, die derzeit gezwungen werden, diese Drittellösung wörtlich umzusetzen, das Schulgeld angeblich so drastisch erhöhen, dass die Lehrkräfte dadurch Unterrichtsstunden verlieren, dass ihre Schüler/innen sie nicht mehr finanzieren können?

Wie viel hat die Musikschulstudie gekostet? Wie viel haben zum Beispiel die Musikschulgebäude in Waidhofen und Grafenwörth gekostet? Halten Sie es angesichts der großzügigen Einrichtung beispielsweise zweier Musikschulgebäude ausgerechnet in den Heimatgemeinden zweier führender Politiker der Volkspartei NÖ – von der sich die diesjährigen Teilnehmer an den Wettbewerben *prima la musica* und *podium.jazz.pop.rock* überzeugen konnten – für angebracht, an die „Solidarität“ von Schülern zu appellieren, die teilweise in Abstellkammern unterrichtet werden, in denen nicht einmal Computer oder Klaviere zur Verfügung stehen, und die Eltern- und Fördervereine gründen müssen, um dem Verständnis und der Motivation der lokalen Politiker für kulturelle Investitionen nachzuhelfen, oder einer Berufsgruppe, die teilweise um elementarste dienstrechtliche Grundvoraussetzungen wie etwa die Vergütung von Fahrtkosten usw. usf. kämpfen muss...?!

Hochachtungsvoll,
Mag. Martina Glatz